

Die Gewalt der Konfliktforschung und Möglichkeiten des Widerstands

von Mechthild Exo

WissenschaftlerInnen werden in jüngster Zeit immer enger in die westliche Kriegspolitik eingebunden. In diesem Beitrag soll die Vielzahl der Bereiche dargestellt werden, in denen dies inzwischen geschieht. Das erschreckende Ausmaß, mit dem Forschung für die gewaltsame Durchsetzung westlicher Interessen instrumentalisiert wird – und sich teils willig instrumentalisieren lässt – wirft zudem die Frage nach Gegenstrategien und Ansätzen für erfolgreichen Widerstand auf, die ebenfalls beleuchtet werden soll.

1 Rüstungsforschung

Im Jahr 2008 hat die Bundesregierung 1,1 Milliarden Euro dafür bezahlt, dass an deutschen Hochschulen und so genannten An-Instituten Rüstungsforschung betrieben wird. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) vergab Aufträge für bundeswehrrelevante und wehrtechnische Forschung an 27 Hochschulen in zehn Bundesländern. Diese Forschungen, ergänzt durch Projekte an anderen Forschungseinrichtungen, arbeiten an einem sehr breiten Spektrum kriegsrelevanter Aufgaben: Materialforschung für bessere Panzerungen, die Entwicklung von Drohnen als unbemannte Ausspä- und Angriffswaffen oder die Weiterentwicklung von Zeitzündern und der Lenkung von Geschossen gehören zum engeren Bereich der technischen Rüstungsforschung. Wehrmedizinische Forschung und die Einbindung von Universitätskliniken in die Behandlung verletzter SoldatInnen sind ein weiterer Bereich relativ direkter Wehrforschung. Im wehrpsychologischen Bereich kommt beispielsweise die Entwicklung von Verfahren für Eignungstests von Offiziersbewerbern hinzu. Daran forschen u. a. die TU Dortmund und die Universitäten in Jena und Witten-Herdecke. Die Sporthochschule Köln bekommt einen großen Anteil des vom BMVg bereitgestellten Etats, um beispielsweise die Ermüdungserscheinungen bei Überwachungsflügen zu erforschen.

Auch an unerwarteter Stelle ist Kriegsforschung anzutreffen: Hochschulen forschen an kriegsgeeigneter Lebensmitteltechnik und an Übersetzungsprogrammen für die Einsatzgebiete der Bundeswehr. Die Ethikforschung unterstützt die Legitimierungsargumentation für die Einführung neuer Überwachungstechniken (beispielsweise die Universität Tübingen für sog. Nacktscanner). Auch die Sozialwissenschaft leistet wichtige Beiträge, unter anderem zur Legitimation von Interventionskriegen und zu sozialen Dynamiken in militärisch durchgesetzten Protektoraten sowie im „Heimatland“ der Interventionsmacht.

Nach Angaben der Bundesregierung ist noch kein Auftrag für Rüstungsforschung von einer Hochschule abgelehnt worden. Und das, obwohl zahlreiche deutsche Hochschulen als Konsequenz ihrer Einbindung in das nationalsozialistische Kriegsprogramm und den Zweiten Weltkrieg Friedensklauseln festgelegt haben, die besagen, dass keine kriegsrelevante Forschung durchgeführt wer-

den darf. Die TU Berlin hat beispielsweise in der Satzung stehen, dass „keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschungen entgegen genommen werden sollen“. Trotzdem nimmt auch die TU die Drittmittel vom BMVg an und forscht im technischen und medizinischen Bereich. Dagegen wehren sich in den letzten Jahren zunehmend Studierende und Beschäftigte der Universitäten und Forschungsinstitute, zum Teil unterstützt durch Gewerkschaften. In Karlsruhe kämpft ein solches Bündnis auf Initiative von Naturwissenschaftlern gegen die Kriegsforschung am Karlsruhe Institute of Technology (KIT). In den Studierendenstreiks der letzten Wochen ist diese Forderung vielerorts integriert. Einige fordern auch die Verankerung einer Friedensklausel im Landeshochschulgesetz. Die fehlende Finanzierung des Bildungsbereichs darf nicht zur Abhängigkeit von Aufträgen des Verteidigungsministeriums und der Rüstungsindustrie führen, die auch zu Zeiten einer allgemeinen Wirtschaftskrise über eine stabile Finanzbasis verfügen.

2 Bundeswehr und Reservisten an Hochschulen

Ein weiterer sehr offensichtlicher Bereich der Militarisation an den Hochschulen besteht durch die direkte Präsenz von Bundeswehrangehörigen: als ReferentInnen in Lehrveranstaltungen, auf Rekrutierungsveranstaltungen, aber auch als Lehrpersonal.

Die Military Studies in Potsdam sind dabei der bislang weitestgehende Vorstoß: Dieser Studiengang wurde in Kooperation mit der Bundeswehr konzipiert und wird zum Großteil durch SoldatInnen durchgeführt. Prüfungen werden durch SoldatInnen der Bundeswehr abgenommen und als Praktikum-Stellen werden insbesondere bundeswehreigene Institute wie das Militärgeschichtliche Forschungsamt und das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr in Straussberg empfohlen. Der neue Personalbedarf an der Schnittstelle zwischen Militär und anderen Organisationen wie Medien, Archiven, Hilfsorganisationen und Verwaltungen, der zu Zeiten vernetzter Sicherheitskonzepte immer größere Bedeutung gewinnt, soll hier ausgebildet werden. Bisher trifft das Militär oft auf skeptische bis kooperationsunwillige MitarbeiterInnen in den Organisationen, die sie in ihre Militärstrategien einbinden wollen. Einige regierungsnahe US-Hilfsorganisationen sind deshalb schon dazu übergegangen, bei der Personalauswahl die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Militär zur Bedingung zu machen. Die Military Studies sind ein Baustein zur Vernetzung verschiedenster gesellschaftlicher Institutionen, die in militärische Strategien eingebunden werden sollen. Die zu knappe Ausstattung der deutschen Hochschulen mit Lehrpersonal wird ausgenutzt, um die Lehrtätigkeit von Bundeswehrpersonal, das nicht von den Hochschulen bezahlt werden muss, als Vorteil zu verkaufen.

Auch an anderen Hochschulen gibt es ProfessorInnen oder andere Lehrkräfte, die gleichzeitig – mitunter leitende - Stellen bei

Bundeswehr-Instituten innehaben. So etwa Prof. Dr. Angelika Dörfler-Dierken, die Projektleiterin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr und gleichzeitig Professorin an der Universität Heidelberg ist. Studierende können vielerorts bereits Scheine in Veranstaltungen von Bundeswehrangehörigen machen, beispielsweise im Studiengang Mediendesign der Universität der Künste in Berlin, am Euro-Business-College Berlin, an der Universität Erfurt und am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.¹ Nicht überall sind es gleich ganze Seminare. Andernorts werden jedoch Jugendoffiziere und andere Angehörige der Bundeswehr zu Vorträgen geladen oder es wird das Simulationsspiel POL&IS (Planspiel Politik und Internationale Sicherheit) angeboten. Studierende schlüpfen in die Rolle der Akteure, die Konflikte militärisch regeln sollen – möglichst ohne im Atomkriegsinferno zu enden. Um die Intensität der Erfahrung zu erhöhen, wird sich in der Regel für ein Wochenende in ein Seminarhaus zurückgezogen.

Weniger offensichtlich und doch sehr weit verbreitet ist die Tätigkeit von Reservistenverbänden an den Universitäten. Ihr ausdrückliches Ziel ist es, das Militärische im Wissenschaftsbetrieb zu enttabuisieren und zu normalisieren. Die Diskussion militärischer Fragestellungen soll verstärkt und eine junge sicherheitspolitische Gemeinschaft etabliert werden. Vorhandenes Wissen und existierende Potentiale sollen für aktuelle und zukünftige Militäroperationen vernetzt und nutzbar gemacht werden.

An mindestens 40 Universitäten ist der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) tätig. Eine effiziente „Strategic Community“ mit Blick auf die neue (aggressive) Außen- und Sicherheitspolitik soll entwickelt werden. Dazu führt der BSH Seminare und Tagungen durch und beteiligt Nachwuchswissenschaftler an sicherheitspolitischen Forschungsprojekten und Publikationen. Die Kooperation zwischen Wissenschaft, Politik, Militär und Industrie soll ebenso gefördert werden wie auch die gesellschaftliche Integration der Bundeswehr. Während der BSH als eine direkte Tochterorganisation der Reservisten der Bundeswehr auftritt, versucht der Außen- und Sicherheitspolitische Arbeitskreis (ASS) autonomer vom Reservistenverband zu erscheinen. In der Leitung des ASS befinden sich jedoch hochrangige Reservisten. Auch wurde gemeinsam mit dem Reservistenverband das „Praxis-Handbuch Energiesicherheit“ herausgegeben, das eine Handreichung für eine PR-Kampagne für die militärische Absicherung der deutschen Energieversorgung darstellt. Dort finden sich u. a. solche Formulierungen: „Der Kampf um die knapper werdenden Energierohstoffe verändert unseren Lebensalltag massiv. Strom sparen allein reicht nicht, um in Deutschland und Europa im künftig mit Härte und Gewalt geführten Wettbewerb um Ressourcen, Verteilung und Transport zu bestehen. Wir müssen die Bevölkerung sensibilisieren. Beim extremen Energiehunger der stetig wachsenden Bevölkerung ist die Energiefrage nicht mehr allein unter Aspekten der Wirtschafts- und Umweltpolitik zu beantworten - vielmehr ist es wesentlicher Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik.“² Erst im Mai 2009 konstituierte sich die Akademische Gesellschaft für sicherheitspolitische Kommunikation (AGfsK). Diese Gesellschaft arbeitet eng mit dem militärischen Bereich „Operative Information“, sprich der psychologischen Kriegsführung, zusammen. Konkret ist die Akade-

mie für Information und Kommunikation (AIK) der Bundeswehr der Kooperationspartner dieser neuen Studierendenorganisation unter Leitung von Reservisten. Ihre Veranstaltung, die beispielsweise die Beurteilung von Bedrohungsszenarien zum Inhalt hat, führen sie in enger Kooperation mit dem Militär durch.³

Es ist gut zu wissen, dass nicht jede dieser Veranstaltungen und Auftritte von Uniformierten an Hochschulen ungestört stattfinden können. In Kassel wurde im Mai 2008 ein Bundeswehroffizier und der ihn begleitende Rüstungsindustrievertreter von EADS erfolgreich vertrieben. Der Werbestand der Bundeswehr auf einer Berufsmesse in Köln wurde im November 2009 vom Decont Team, einer „antimilitaristischen Selbsthilfegruppe“, von den BesucherInnen abgeschirmt, um diese vor der Infizierung mit dem „Virus militaris“ zu warnen und zu schützen. Im Januar 2010 folgten 500 Personen dem Aufruf des Freiburger Bildungstreikbündnisses zu einer Demonstration unter dem Motto „Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer! - Gegen die Zusammenarbeit von Schule und Militär“, um gegen die Vereinnahmung der Bildung bereits im SchülerInnenalter zu protestieren. Im Aufruf steht: „Die Bundeswehr darf nicht als Bildungsinstitution aufgewertet werden. (...) Es darf nicht zugelassen werden, dass SchülerInnen die Weltsicht der Bundeswehr vermittelt wird. Werbung für die Bundeswehr und Legitimation von Waffengewalt haben in öffentlichen Bildungseinrichtungen nichts zu suchen.“

Viele andere Beispiele könnten genannt werden. Am besten produziert ihr selber weitere.

3 Militarisierte Denkweisen

Mit der Abhängigkeit von Drittmittelforschung im Auftrag von Bundeswehr und Rüstungsindustrie sowie der Lehrtätigkeit von Bundeswehrangehörigen an den (zivilen) Hochschulen wird nicht nur die Hemmschwelle zur Beteiligung an kriegsrelevanten Projekten gesenkt. Es verändern sich auch Denkweisen. Das Militär präsentiert sich als selbstverständlicher Akteur und vermeintlicher Problemlöser für eine breite Palette grundlegender globaler Probleme. Dies lässt sich zunächst anhand des NATO-Forschungsprogramms „Science for Peace and Security“ (SPS) zeigen. In diesem Forschungsprogramm geht es nicht um die klassische Wehrforschung und Technologieentwicklung. Es geht um Themen wie Umweltsicherheit, die globale Verwüstung, Verschmutzung mit Giften und Radioaktivität, Erdbebengefahr und Zugang zu Wasser. Auch Ernährungssicherheit und die Bereitstellung und Sicherheit von Computernetzwerken werden hier mit Forschungsgeldern gefördert. Selbstverständlich fehlt auch nicht die Verteidigung gegen Terrorismus in diesem Programm. Zivile Forscher von Universitäten oder anderen Einrichtungen können aus einem üppigen Topf Forschungsgeld für vorgegebene Projektbereiche beantragen. Ausdrücklich steht die praktische Kooperation mit der zivilen Wissenschaft im Vordergrund. Deren Potentiale und Effizienz sollen für die Ziele der NATO genutzt und das NATO-Image als praktischer Problemlöser aufgebaut werden, so die selbst gesteckten Ziele.

Die Hauptbetroffenen von den globalen Umweltproblemen oder mit Bedarf an Computernetzwerken sind jedoch ausgeschlossen von der Förderung einer Forschung, zu der sie als RegionalexpertInnen und Betroffene einen besonders engagierten Zugang hätten. Denn die Gelder stehen nur WissenschaftlerInnen aus NATO-Staaten und Partnerländern der NATO (einschließlich

1 Vgl. Nagel, Sarah: Hochschulen forschen für den Krieg, in: AUSDRUCK (Juni 2009), S. 1-6.

2 Sechs Antworten zum „Praxishandbuch Energiesicherheit“, Reservistenverband: <http://www.reservistenverband.de/61509.php>

3 Vgl. German Foreign Policy von 29.04.2009 und 04.05.2009.



Demnächst den Seminarschein vom Oberst? Hörsaal Campus Westend der Uni Frankfurt. Foto: Goethe-Uni, Wikimedia.

Ländern des Mittelmeeres Dialogs: Israel, Jordanien, Ägypten, Algerien, Marokko, Tunesien, Mauretanien) zur Verfügung. Es gibt auch kein Interesse an der Forschungsperspektive aus den armen Ländern des globalen Südens, denn die Interessenlage der geförderten Forschung ist eindeutig formuliert: Es geht um die Sicherheit Europas und Nordamerikas, für die geforscht werden soll.

Das Beispiel der Forschung zur Ernährungssicherheit macht deutlich, wie das gemeint ist: Nicht an der Gewährung des Grundrechts auf Nahrung für alle Menschen der Erde soll hier gearbeitet werden. Schließlich hungern weltweit eine Milliarde Menschen. Stattdessen geht es um die Forschung für die Sicherheit der Nahrungswege nach Europa und Nordamerika. Mögliche Bedrohungen seien Giftstoffe durch unsachgemäße Handhabung oder terroristische Angriffe.

Auch bei den Umweltproblemen geht es nicht um die Behebung der Ursachen und die grundlegende Veränderung bestehender Wirtschaftspraktiken oder bspw. der Naturbelastungen durch das Militär. Im Vordergrund stehen neben oberflächlichen Hilfsmaßnahmen für Betroffene, wie beispielsweise die Information über die Wirkung von Giftstoffen, vor allem die Kontrolle und Eindämmung der Folgen der produzierten Umweltkatastrophen in Form von globalen Migrationsbewegungen und Aufständen. Gerade haben wir in Haiti erlebt, wie die Überlebenden der Erdbebenkatastrophe rebellieren, weil ihnen seit Jahrzehnten nicht geholfen wurde. Die Antwort ist die Besetzung und Kontrolle der Insel durch das US-Militär. Hauptmotivation der USA ist dabei, eine Flüchtlingswelle zur nahe gelegenen US-Küste aufzuhalten. Die Kontrolle des Flughafens von Port-au-Prince durch das US-Militär führte zur Verstärkung der Empörung der Bevölkerung aufgrund der Behinderung von Hilfslieferungen, denn die einzige Landebahn wurde zunächst für die Ausreise von US-Bürgern genutzt. Hilfslieferungen, etwa ein aufblasbares Lazarett von „Ärzte ohne Grenzen“, wurde die Landeerlaubnis verweigert. Sie wurden auf Nachbarinseln umgeleitet.⁴

⁴ Vgl. Marischka, Christoph: Eindimensionales Sicherheitsdenken in Haiti oder: Die bejubelte Invasion, in: AUSDRUCK (Februar 2010), S. 5-7.

Dazu gibt es im NATO-Forschungsprogramm einen eigenen Bereich, der sich mit menschlichen und gesellschaftlichen Dynamiken beschäftigt. Regionale Spannungen und Gewalt, Plünderungen und Aufstände – ausgelöst durch Umweltschäden oder Wirtschaftskrisen – werden dort als reines Sicherheitsproblem behandelt. Das Verhalten der Betroffenen in solchen Situationen soll verstanden und militärisch kontrolliert werden. Richtet sich die Rebellion gegen die Verursacher aus den reichen westlichen Staaten oder deren lokale Partner, beispielsweise gegen Wirtschaftsunternehmen oder das Militär, so werden die Beteiligten als Terroristen bewertet. Die Bekämpfung von Terrorismus rechtfertigt schließlich beinahe alle Mittel der Repression und zeitlich unbegrenzte militärische Einsätze. Wie weit der Terrorismusverdacht greift, zeigt ein im Rahmen des Science for Peace and Security (SPS) NATO-Programms im März 2010 durchgeführter Workshop: Dieser behandelt die „Vorhersage von Opposition gegen westliche Modernität und der Identifizierung mit Terrorismus unter jungen Europäischen Immigranten.“⁵

Auf einer NATO-Tagung über Umweltsicherheit im März 2008 machte ein NATO-Offizier (LTC Thomas Brevick, Branch Head Strategic Analysis/ Intelligence Sub-Division) eine Zukunftsprognose, deren Ziel es war, militärische Planungen zu unterstützen. Zu den Bereichen, die er als Risiken für das Jahr 2025 voraussagte, gehören Extremismus und Terrorismus, illegale Migration und das Nachlassen der Wirkung von Gesetz und Ordnung. Im Ergebnis beschreibt er die Energiesicherheit (des Nordens), die Angreifbarkeit von Computernetzwerken sowie die globale Ausbreitung von Epidemien als Probleme. Der Immigrationsdruck als Folge des Klimawandels und das dadurch vergrößerte Risiko sozialer Unruhen gehören zu den Schlüsselbedrohungen. Terrorismus wird vielfältig und beinahe überall vermutet. Unbemannte militärische Einsatzmöglichkeiten (Drohnen) sollen wichtige Veränderungen der Kriegsführung bringen.

Auch in der EU wird gezielt an der Veränderung des Sicherheitsverständnisses gearbeitet. Entsprechend der neuen Aufgaben der Bundeswehr und der europäischen Sicherheitspolitik als glo-

⁵ Calendar of NATO-Funded Events, 04.03.2010: <http://www.nato.int/science/calendar/current-calendar.pdf>.

bale militärische Akteure, müssen Bewusstsein und Denken der Menschen verändert werden. Auf die derzeit noch bestehende Ablehnung von militärischen Auslandseinsätzen und die Skepsis gegenüber dem Ausbau von Kontrolle und Überwachung nach innen reagiert das Sicherheitsforschungsprogramm der EU. Forschungsgelder werden hier im großen Rahmen ausgeschrieben.

Eines der zuletzt ausgeschriebenen Projekte besteht darin, eine Verhaltensanalyse zu machen, um ein Rahmenwerk für die zu entwickelnde Europäische Sicherheitskultur vorzuschlagen. Die Ausrichtung wird gleich mit vorgegeben: Ausdrücklich geht es um die Akzeptanz für innere Aufrüstung und Überwachung. Angesichts zunehmender Überwachungsmaßnahmen soll Vertrauen in Verwaltungsautoritäten und die Polizei entwickelt werden sowie ein Verständnis von Sicherheit als Service statt eines Verlustes von Freiheiten.

Eine solche Ausrichtung der EU-Forschungsförderung im Bereich Sicherheit mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Veränderung von akzeptierten Denkweisen wird durch ein Gremium entschieden, das sich in der überwiegenden Mehrzahl aus Vertretern der Rüstungsindustrie (für Deutschland: EADS, Diehl, Siemens, Fraunhofer Gesellschaft) und der Sicherheitsorgane (Polizei und Militär) zusammensetzt.

Angesichts dessen verwundert es auch weniger, dass die Erforschung von Dual Use-Technologien, also solche mit sowohl zivilem als auch militärischem Nutzen, im (zivilen) EU-Sicherheitsforschungsprogramm erwünscht ist. Koordinierungsmechanismen durch die Europäische Verteidigungsagentur werden zugesichert. Dual Use ist gewöhnlich ein Ethikproblem, denn zivile Forschung sollte nicht für Kriegshandlungen, die Menschen gefährden, verwertet werden. Um ethischen Bedenken zu begegnen, wird der EU-Forschungsausschreibung gleich die Erläuterung des Ethikverständnisses beigelegt. Dort heißt es, dass zur Verhinderung eines Missbrauchs von Forschungsergebnissen ein Aufsichtsgremium eingerichtet werden sollte. Allerdings werden als unerwünschte Nutzer des Wissens nicht etwa das Militär, sondern Kriminelle und Terroristen benannt. Fazit: Ausdrücklich wird hier also die Trennung zwischen ziviler Sicherheitsforschung und militärischer Verteidigungsforschung aufgehoben. Denkweisen, die das Militär als praktischen, alltäglichen Problemlöser und als Normalität begreifen, werden so durchgesetzt. Andere Umgangsweisen mit Umweltproblemen oder Armut werden marginalisiert.

Der Ausbau Europas zur militärisch agierenden Supermacht, der sich auch in der beschriebenen Forschungsförderung niederschlägt, bleibt nicht unwidersprochen. Insbesondere gegen die militarisierte Flüchtlingsabwehr an den Außengrenzen Europas, mit einem Schwerpunkt im Mittelmeerraum, werden seit Jahren Veranstaltungen, Demonstrationen, Camps und andere Aktivitäten organisiert.

Der NATO wird noch viel weniger ihr Versuch zum Image-Aufbau als Helfer für globale Probleme abgenommen. Die neuen Strategien dieses Militärbündnisses mit einer langen, aggressiven Geschichte werden als brutale Durchsetzung westlicher Interessen mit globalem Kontrollanspruch abgelehnt. Entsprechend wurde der deutsche Ex-General Klaus Naumann, ehemals auch Chef des NATO-Militärausschusses und strategischer Vordenker des Bündnisses, bei einem öffentlichen Auftritt Anfang 2009 in Bremen mit Schuhen beworfen. Das NATO-Gipfeltreffen zum 60-jährigen Bestehen des Kriegsbündnisses im April 2009 führte zu tagelangen Protestaktivitäten und einer Demonstration, an der sich weit über zehntausend Menschen aus ganz Europa und aus anderen Kontinenten beteiligten.

Bilder der schwarzen Rauchsäule von der in Brand gesetzten ehemaligen Grenzstation an der Europabrücke gingen um die Welt – eine Antwort auch auf die massiven Behinderungen und Einreiseverbote gegen NATO-GegnerInnen.*

4 Epistemische Gewalt

Wie ich bereits ausgeführt habe, sind WissenschaftlerInnen aus dem globalen Süden - und damit aus den am meisten von den Problemen und den zu entwickelnden Strategien betroffenen Gebieten - ausgeschlossen von der Beteiligung an dieser im großen Rahmen durch Drittmittel geförderten Forschung. Auch deutlich wurde bis hierher bereits, dass die Ziele und das Verständnis von Sicherheit in Drittmittel-Forschungsprogrammen durch Rüstungsindustrie und Militärvertreter festgelegt werden (dabei gehört die Stärkung der Rüstungsproduktion explizit zum Rahmenwerk). Forschungen mit einem anderen Blickwinkel als dem, der auf Rüstung und Militäreinsatz setzt, werden zunehmend an den Rand gedrängt. Dass das funktionieren kann, hat mit der Verknüpfung der Wissensproduktion mit den Machtverhältnissen zu tun. Die Unterfinanzierung der Hochschulen und die damit wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln finanzstarker Auftraggeber ist ein wichtiger Aspekt, aber auch nicht alles.

Im weiteren Verlauf werde ich deshalb einige Aspekte der nötigen Auseinandersetzung mit Theorien, Begriffen, Epistemologie und Methoden im Bereich von Internationaler Politik darlegen. Dies kann hier jedoch nur in kurzen Einzelaspekten und nicht in die Tiefe erfolgen.

Zur Aufrechterhaltung der klassischen Disziplin der Internationalen Beziehungen wird auf die Einhaltung diskursiver Begrenzungen geachtet. Das Denkbare wird so als normal und rational festgelegt.⁶ Radikale und umfassende Kritik an dieser Herangehensweise kommt insbesondere aus der feministischen Theorie und aus dem Postkolonialismus. Eine Kritik, die beides zusammenfasst und ein eigenes Modell vorschlägt, möchte ich hier zur Verdeutlichung vorstellen: Worldism.

Prof. Lily Ling von der New School in New York City hat ein Konzept der Postkolonialen Internationalen Beziehungen entworfen und gemeinsam mit Dr. Anna M. Agathangelou von der York University, Kanada, zum Konzept Worldism weiterentwickelt.⁷ Worldism wurde aus einer radikalen und umfassenden Kritik an der gegenwärtigen Disziplin der Internationalen Beziehungen entwickelt. Die darin dominierenden Theorieansätze (Neo-)Realismus und (Neo-)Liberalismus, das positivistische Wissenschaftsverständnis und der Universalitätsanspruch von Theorie werden kritisiert. Singuläre Erklärungsansätze für Weltpolitik, zumal aus einer westlichen, patriarchalen und kolonialen Perspektive, und die durch diese angeleitete Praxis werden abgelehnt. Diese Kritik beinhaltet die Begriffe für die Beschreibung von Weltverhältnissen (Ontologie), die anerkannten Regeln für die Produktion gültigen Wissens (Epistemologie), die Methoden und Techniken für Forschungsprojekte, das Selbstverständnis der Forschenden und das Verständnis von relevantem Quellenmaterial. Diese Kritik der Epistemologie werde ich jetzt etwas genauer vorstellen.

6 Bleiker, Roland: Forget IR theory. In: *Alternatives-social Transformation And Humane Governance*, Vol. 22/1997, S. 57-85.

7 Agathangelou, Anna M. / Ling, L. H. M.: The House of IR: From Family Power Politics to the Poiesis of Worldism, in: *International Studies Review*, 6/2004, S. 21-49.

* Redaktionelle Anmerkung: Die hier vertretene Auffassung bzgl. dieser Protestaktion wird von der Informationsstelle Militarisierung nicht geteilt.



Bild von der Protestaktion gegen den SFB 700 an der FU Berlin vom 12.11.2008, Foto: Björn Kietzmann

Wie für jede andere Disziplin werden Regeln für intellektuellen Austausch festgelegt und Methoden, Techniken und Instrumente definiert, die als angemessen für die Wissensgenerierung gelten.

So heißt es in einem Standard-Lehrbuch für Forschungsmethoden in der Internationalen Politik (Gary King, Robert O. Keohane, Sidney Verba), dass für das Herausfinden der „Fakten“ über die „reale Welt“, „gültige Zusammenhänge durch das systematische Benutzen der anerkannten Regeln und Abläufe für Forschungen“ gesucht werden müssen. Nur wer sich diesen Regeln fügt, soll Zugang zur anerkannten Wissensproduktion im Bereich von Weltpolitik erhalten.

Nach diesen anerkannten Regeln positivistischer Forschungsprozesse ist die Person des Forschers neutral und distanziert vom Objekt der Forschung. Entsprechend wird der in der Regel weiße, westliche Forscher, der (vermeintlich) nicht in einen Konflikt involviert ist, als besser befähigt verstanden, die Realitäten in den Konfliktregionen der Welt - in der Regel in den ehemaligen Kolonialgebieten - zu durchschauen und zu ordnen als die Betroffenen, die dort leben. Ausdrücklich gelten die Beschreibungen und Interpretationen der Betroffenen des zu erforschenden Aspektes z.B. von Kriegsverhältnissen als zu involviert, um gültige, „objektive“ Aussagen zu machen.

Dem entgegen formulieren Agathangelou und Ling ein Verständnis von Forschung, in dem subjektive Aussagen und intersubjektive Austauschprozesse im Forschungsprozess zur Grundlage genommen werden. Sie sehen es als Dringlichkeit an, die Stimmen der vielen lokalen Gemeinschaften der Welt zu hören, deren Verständnis ihrer Lebenssituation und der Zusammenhänge der erdrückenden Rahmenbedingungen. Die handelnden Menschen, die hinter allen Konzepten und materialisierten Institutionen stehen, sollten sichtbar gemacht werden – unter Beachtung der vorhandenen Machtungleichgewichte. Sie schlagen eine dialogische Forschung vor, die Prozesse und Anliegen beschreibt.

Die Geschichten, in denen sich besonders viel Wissen über die Lebensbedingungen, die Wünsche und Sehnsüchte der Menschen wieder findet, sind fiktionale Texte wie auch Gedichte. Entsprechend verstehen Agathangelou und Ling diese fiktionalen Texte als wichtige Quellen für die Wissensaneignung im Austausch zwischen den verschiedenen weltweit vorhandenen Beschreibungen von Weltverhältnissen.

Agathangelou und Ling kritisieren die westliche Epistemologie mit ihrem Universalitätsanspruch als eurozentristisch. Dem setzen sie nicht eine neue Totalität entgegen. Stattdessen betonen sie die vielen bereits vorhanden und im Austausch und Konflikt miteinander stehenden weltweiten Wissensformen. Die Macht-

verhältnisse drücken sie in diesen Beziehungen aus: Lokale Wissenssysteme beispielsweise in Asien und Regionalwissenschaften erfahren eine Marginalisierung durch die zugewiesene Stellung als Zuträger von Spezialwissen. Die Wertschätzung liegt dagegen bei der Theorie-Entwicklung, die eindeutig in den westlichen Universitäten und für Weltpolitik eindeutig bei der Kerndisziplin der Internationalen Beziehungen verortet wird.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Methoden der Wissensproduktion herrschaftssichernd wirken. Im historischen Kolonialismus wurde noch deutlich formuliert, dass lokale Wissenssysteme und -traditionen Hindernisse darstellen, die zugunsten einer so genannten „unabhängigen“, modernen Wissenschaft überwunden werden müssen.⁸ Für die Fortsetzung dieser Praxis in der heutigen Zeit ist dies jedoch überhaupt nicht mehr erforderlich. Denn die Regeln sind bereits weltweit durchgesetzt – bis auf die wenigen ForscherInnen, die dem widersprechend andere Wege suchen – und dafür oft auf Anerkennung, gut bezahlte Stellen und Förderungen verzichten müssen. Und es sind immer wieder die globalen sozialen Bewegungen, die von außen auf den Elfenbeinturm wirken und Veränderungen durchgesetzt haben. Beispielsweise indem sie bestimmte Forschungsfragen zu einem nicht mehr zu ignorierenden (Streit-)Thema machen („Ist der IWF noch von Bedeutung?“).

5 Konfliktforschung als Kriegsforschung

Der Bereich der Friedens- und Konfliktforschung ist eigentlich ein Forschungsgebiet, das sich in ganz besonderem Maße der friedlichen Lösung von Konflikten verpflichtet fühlen sollte. In ihrer Anfangszeit war dies auch noch durchaus der Fall. In der Zwischenzeit ist eine zunehmende Ausrichtung auf die Zuarbeit zur herrschenden Kriegspolitik zu konstatieren.

5.1 SFB 700: Globale Regierbarkeit ermöglichen

Der Sonderforschungsbereich (SFB) 700 ist ein Verbund von Berliner Universitäten und Instituten sowie der Universität Potsdam mit dem Titel „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“. Dabei handelt es sich um ein bestens ausgestattetes, mehr als 50 WissenschaftlerInnen umfassendes Projekt, das auf zwölf Jahre angelegt ist und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird.

⁸ Singer, Mona: *Geteilte Wahrheit. Feministische Epistemologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies*, 2005, S. 221.

Das Konstrukt der Failed States ist zu einem Lieblingsbegriff der Internationalen Politik und von Konfliktforschung geworden. Der SFB 700 macht damit nach eigenen Angaben Zweidrittel der Welt zu seinem Forschungsgegenstand. Die Herstellung von Regierbarkeit ist dabei sein Forschungsziel. Es geht um Steuerungsprozesse durch Einbeziehung weiterer Akteure in Konzepte der Kooperation mit – zumindest aus westlicher Sicht - unvollständig funktionsfähigen Staatsapparaten. Ausdrücklich gehören private Wirtschaftsunternehmen, Söldnertruppen, Warlords und andere lokale Machthaber zu diesen einzubeziehenden Akteuren. An sie soll die Ausführung staatlicher Funktionen wie die Herstellung von Sicherheit oder von Versorgungsleistungen mit Allgemeingütern wie Wasser, Bildung und Gesundheit übertragen werden. Dass bekanntermaßen bei privatwirtschaftlicher und damit profitorientierter Bereitstellung dieser Güter nicht mehr alle versorgt werden, sondern der ärmste Teil der Bevölkerung unversorgt bleibt, spricht für die SFB 700-ForscherInnen nicht gegen dieses Modell. Es findet eine Öffnung zum Ausschluss statt. Kollektive Güter sollen nach den Vorstellungen der SFB 700-Forscher nur mehr „für eine bestimmte soziale Gruppe“ bereitgestellt werden.⁹ Dahinter steht der alles dominierende Pragmatismus zur Herstellung von Regierbarkeit. Dafür wird der Anspruch verworfen, zur Gesellschaft könnten prinzipiell alle gleichermaßen gehören, denn mit „entweder alle oder niemand“ käme man nicht weiter.

Um Steuerungswissen zu generieren, wird als ein eigener Forschungsbereich das historische Colonial Governance ausgewertet. In den Kolonien musste eine begrenzte Anzahl von Kolonialverwaltern mit sehr kleinen bewaffneten Unterstützungstruppen große Gebiete kontrollieren und die wirtschaftliche Ausbeutung gewährleisten. Dies konnte unter anderem nur durch die ungleiche Kooperation mit einflussreichen lokalen Eliten funktionieren. Die Auswertung dieses historischen Wissens soll „Anregungen für die weitere Konzeptualisierung von Governance (...) geben“¹⁰, anwendbar in den heutigen Räumen begrenzter Staatlichkeit. Obwohl somit vorgeblich ein „relativ breites Spektrum von Akteuren“¹¹ in die Analysen integriert wird, bleiben die antikolonialen Kämpfe außen vor. Aufstände, Eigensinnigkeit und Kämpfe um Befreiung werden nur als Störung dessen erwähnt, was als koloniale Governance ausgewertet wird. Sie werden zu Beeinträchtigungen umgewertet. Stattdessen findet eine Orientierung auf die lokalen Eliten hin statt, die als Garanten „informeller“ Governancleistungen eingebunden werden.¹² In konsequenter Fortführung wird auch für die heutigen Verhältnisse in den Regionen über die geforscht wird (Zweidrittel der Welt), nicht auf die Anliegen und Vorschläge gegenwärtiger Kämpfe um Rechte und Gerechtigkeit, gegen Fremdbestimmung und gegen die Auswirkungen kapitalistischer Globalisierung geachtet. Das dort gesammelte Wissen und die entwickelten Ideen werden abgewertet. Dieses Wissen ist kein Bezugspunkt, mit dem sich auseinander gesetzt wird. Im Gegenteil: ein Wissen nicht von, sondern über diese widerständig handelnden Menschen ist allein relevant, um Strategien der Aufstandsbekämpfung zu verbessern.

9 Risse, Thomas/ Lehmkuhl, Ursula (Hrsg.): *Regieren ohne Staat? Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit*, 2007, S. 20.

10 Leutner, Mechthild: *Kooperationsnetze und Akteure im semi-kolonialen China, 1860-1911*, in: Risse/ Lehmkuhl 2007, S. 172-173.

11 Ebd., S. 161.

12 Hartmann, Detlef: *Für eine postmoderne Erneuerung des antikolonialen Kampfes*, in: *Failing Sciences, Embedded Stakeholders. Wider den SFB 700*, <http://fachschaftsinitiativen.files.wordpress.com/2009/01/embedded-stakeholders1.pdf>, 2009.

Dass dies auch die Forscher des SFB 700 in Person tun, dafür stehen Jan Koehler und Christoph Zürcher. Diese beiden Wissenschaftler nahmen parallel zu ihrer SFB 700 Afghanistan-Studie einen Auftrag „für den Dienstgebrauch“ des Verteidigungsministeriums (BMVg) an. In diesem militärischen Auftrag ging es um die Optimierung von Akzeptanzstrategien für den Bundeswehreinsatz innerhalb der afghanischen Bevölkerung. Problematische und unproblematische Dörfer wurden von Militärexperten ausgewählt und gegenübergestellt. Die Untersuchung sollte Hinweise geben, wie der Ablehnung und dem möglichen Widerstand, der aus den problematischen Dörfern befürchtet wird, entgegen gearbeitet werden kann.

5.2 Embedded scientists

Das letzte Beispiel von der Mitarbeit an staatlichen Universitäten beschäftigten Sozialwissenschaftlern an der Erarbeitung und Optimierung militärischer Konzepte ist ein Ausdruck der neuen Militärstrategie der vernetzten Sicherheit. Um die intervenierten Gebiete in die Tiefe durchdringen und dauerhaft kontrollieren zu können, braucht die Bundeswehr (wie auch das US-Militär usw.) Ethnologen, Soziologen, Regional- oder auch ReligionswissenschaftlerInnen, die bereitwillig kulturelle und lokale soziale Gefüge für die Optimierung eines Kriegseinsatzes erforschen. So schrieb das Verteidigungsministerium Anfang 2010 etwa eine Stelle als „Interkultureller Einsatzberater“ in Afghanistan aus: „In ihren Einsätzen im Ausland hat sich die Bundeswehr darauf einzustellen, in einem fremden kulturellen Umfeld zu operieren sowie Kontakt zur dortigen Bevölkerung und zu Entscheidungsträgern aufzunehmen. Daher sind Kenntnisse über die Strukturen und soziokulturellen Rahmenbedingungen des Einsatzlandes zwingend erforderlich. Um dies sicherstellen zu können, werden zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht. (...) Interkulturelle Einsatzberaterinnen/Interkulturelle Einsatzberater beraten im Einsatz militärische Entscheidungsträger und unterstützen so deren Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in einem fremden kulturellen Umfeld“, hieß es in der damaligen Stellenausschreibung, die mittlerweile wieder aus dem Internet verschwunden ist. Gleichzeitig sucht die zivile, staatliche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), eine Organisation der Entwicklungshilfe, für das gleiche, von der Bundeswehr kontrollierte Gebiet im Norden Afghanistans, einen „Komponentenleiter (m/w) Stabilisierungsfonds“ für den sofortigen Einsatz. Wie bereits in staatsnahen US-Entwicklungsorganisation üblich, wird in dieser Ausschreibung für eine zivile Position, in der es zudem u. a. um den „Aufbau von einheimischen Kapazitäten im Bereich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung“ geht, die „Zusammenarbeit mit militärischen Dienststellen (CIMIC)“ ausdrücklich festgelegt. In CIMIC-Strategien dominiert die militärische Zielsetzung. Die Kooperation mit Organisationen der Entwicklungshilfe und die Einbindung von Sozialwissenschaftlern dient vorrangig der Informationsbeschaffung aus den Kontakten zur lokalen Bevölkerung, um damit Kriegshandlungen zu optimieren.

5.3 Die Verantwortlichkeit der KonfliktforscherInnen

Accountability, oder: Verantwortlichkeit, muss ein Kriterium sein, das an wissenschaftliche Tätigkeit gestellt und angenommen wird – vertrete ich. Dabei kann ich auch auf von Agathangelou und Ling formulierte Kriterien verweisen, die fordern zu fragen: „Was denken/machen/sind wir, auf wessen Kosten und warum?“

Die Bedeutung und Absicht von Macht zu erfragen, sollte uns bewegen.¹³

Gerade die Friedens- und Konfliktforschung ist vom Selbstverständnis her immer eine einmischende Wissenschaft gewesen. War das in den 1970er und 1980er Jahren noch mit Bezug auf die Friedensbewegung praktiziert worden, so kann die heutige Friedens- und Konfliktforschung eher an der Seite der Regierungspolitik gefunden werden. Beispielhaft steht dafür das einmal jährlich herausgegebene Friedensgutachten, das ein im wissenschaftlichen Arbeitsfeld ansonsten unübliches Gemeinschaftswerk der fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute darstellt. Es geht um Einmischung und die Unterbreitung von Vorschlägen, wie bei der Vorstellung des aktuellen Gutachtens (2009) formuliert wurde. Sie sagen auch eindeutig, wo sie „Vorschläge und Empfehlungen für die politische Praxis“ (Vorwort) machen wollen: „Auch in diesem Jahr stellen wir das Friedensgutachten nicht allein hier auf der Bundespressekonferenz vor, sondern auch in den Bundestagsausschüssen für Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklungspolitik sowie zu einem späteren Zeitpunkt in Brüssel.“ Sie wollen also mitmischen in der Sicherheitspolitik, die als vernetzte Sicherheit zwischen Außen-, Entwicklungs- und Militärpolitik unter Einbeziehung von Sozialwissenschaftlern funktioniert. Nicht zufällig decken sich die Fragestellungen: Während die Regierungs- und Parlamentsdebatten einen Ausweg aus dem Dilemma in Afghanistan suchen und keine Niederlage zugeben wollen, befasst sich das aktuelle Friedenshandbuch mit dem Schwerpunkt „Wie beenden wir Kriege?“ - Interessant dabei auch das „wir“ in der Frageformulierung: Die ForscherInnen nehmen damit die Perspektive der politischen Entscheider und Kriegführenden ein und werfen hierdurch jegliche – einstmals in ihrem Metier durchaus vorhandene – staatskritische Haltung über Bord.

5.4 Dogma: Staatsaufbau

Die Friedensforschung hat sich weit von ihrer anfänglich vorhandenen Verwurzelung in sozialen Bewegungen entfernt. Die unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen von Forschungsinstituten gehen nicht so weit, dass sich auch nur eines in Opposition zur neuen Rolle Deutschlands und Europas als globale militärische Akteure stellen würde. Die Forschungen fragen eher nach dem „Wie“ von Kriegsbeteiligungen und Besatzungsregimen und stellen diese nicht grundsätzlich in Frage. Die gesellschaftlich vorhandene Ablehnung dieser Interventionskriegspolitik wird aus den Forschungsprogrammen ausgelassen, so als würde es die Kritik von feministischen und postkolonialen ForscherInnen, von kritischen PolitikwissenschaftlerInnen, von linken und linksradikalen politischen BasisaktivistInnen und von der Friedensbewegung nicht geben.

Allen Friedensforschungsinstituten als ein zentrales Grundproblem gemeinsam ist die Beschreibung von zerfallender Staatlichkeit. Seit der Theorie der Neuen Kriege (Mary Kaldor, Herfried Münkler) wird nicht mehr gefragt, welche strukturellen Ursachen ein Konflikt aufweist. Besonders ist die globale Handels- und Verteilungspolitik ebenso zu nennen wie welche historischen Entwicklungen hinter heutigen Konflikten und Gewaltformen in weiten Regionen des Globus stehen. Hier ist insbesondere an die Zerstörung lokaler Gesellschaftsorganisationen und ökonomische Ausplünderung durch die Kolonialmächte

zu denken. Heutige Diskurse auf Basis der Theorie der Neuen Kriege oder vereinfachend reduziert auf den Begriff „Failed States“ beschreiben den Gewaltkonflikt allein als lokal begründet. Stichworte sind: ethnische Konflikte, Warlords, Kriegsökonomien, zerfallender Staat, Menschenrechtsverletzungen, fehlendes Gewaltmonopol, etc. Auf diesem Boden wird eine „Verantwortlichkeit zur Einmischung“ - responsibility to protect - behauptet, die moralisch argumentiert und die reichen, westlichen Staaten nicht nur als berechtigt, sondern auch in der Pflicht sieht, „robust“, also militärisch, zu intervenieren und sich langfristig zu engagieren. Die Existenz von „neokolonialen Protektoraten“ ist zu einem zunehmend gebräuchlichen Begriff geworden – ganz ohne Scham und Scheu.

Staatsaufbau – von außen erzwungen und gesteuert – wird so zur vermeintlichen Lösung für das entsprechend definierte Stabilitätsproblem. Ein problemlösungsorientierter Pragmatismus bestimmt die Forschungen und die politische Praxis. John Heather-shaw (University of Exeter) nennt das eine Unter-Theoretisierung des Peacebuilding.¹⁴

Von führenden deutschen Konfliktforschern wie Ulrich Schneckener und Volker Rittberger wird fragile Staatlichkeit als das globale Sicherheitsrisiko gesetzt und im nächsten Schritt - auf einem linearen Kausalmechanismus basierend - wird der Lösungsansatz präsentiert und erforscht: Statebuilding als Friedenskonsolidierung durch Intervention.

Auch im aktuellen Friedensgutachten heißt es im ersten Satz der Presseerklärung: „Die meisten gegenwärtigen Kriege lassen sich nicht ohne legitime und funktionierende Staatlichkeit an der Basis der Gesellschaft nachhaltig beenden. (...) Die Schauplätze dieser Kriege und Gewaltkonflikte sind schwache und gescheiterte Staaten.“¹⁵ Für Afghanistan empfehlen sie sowohl Entwicklungshilfe als auch Sicherheitspolitik in den Dienst von Staatenbildung zu stellen. Zentral sei dabei das Rechtswesen und die Polizei – also eine law-and-order-Politik. Zentralen Stellenwert hat somit die Herstellung von Kontrolle und von Rechtssicherheit, beispielsweise für Verträge mit möglichen Investoren oder für Gaspipelines durch das Land. Mit deutscher Hilfe wurde übrigens bereits 2003 die Afghanistan Investment Support Agency eröffnet. Auf deren Webseite wird Afghanistan als wachsender neu entstehender Markt mit strategischer Bedeutung angekündigt. Die billig verfügbaren Arbeitskräfte, eine investitionsfreundliche Gesetzgebung (100 %ige Profitausfuhr) und das geschäftsfreundliche Klima werden angepriesen. Mögliche Konkurrenz durch Staatsbetriebe wurde durch deren Privatisierung oder Vernichtung aus dem Weg geräumt. Die Verfassung legt das Land auf eine neoliberale Wirtschaftsform fest. Mit all dem wird geworben. Prominenten deutschen Friedensforschern wie Volker Rittberger geht es um die Optimierung staatlicher Interventionspolitik. Sie fragen allein danach, „was multilaterale Friedensmissionen beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten leisten können.“¹⁶ Die Unterlassung der militärischen und neo-kolonialen Eingriffe und die Ermöglichung offen-debattierender Such-

14 Heathershaw, John: Unpacking the liberal peace: the dividing and merging of peacebuilding discourse, in: Millennium, No. 3/2008, S. 597-621, S. 598-599.

15 Friedensgutachten 2009: Friedensforscher und -forscherinnen fordern: Bevölkerung gewinnen statt Kriege führen. Presseerklärung: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/science/gutachten09.html#1>

16 Rittberger, Volker: Frieden durch Staatlichkeit? Einführung, in: Friedenswarte, 1/2008, S. 11-24, S. 12.

prozesse nach einer veränderten Gesellschaftlichkeit sind keine Fragen, die auch nur als diskussionswürdig erachtet werden. In erschreckender Weise wird die Pluralität der (global) vorhandenen Denksätze durch die Art der Analyse ausgeblendet. Insbesondere basisgesellschaftliche Gruppen in den Konfliktgebieten selbst werden nicht einbezogen.

5.5 Staatliche Souveränität: eine Gewaltstruktur

Es erscheint doch nicht abwegig zu denken, dass sich die Menschen nach einem Krieg und umfassender gesellschaftlicher Zerstörung und Zerrüttung dort auf die Suche nach einer annehmbaren, ihren Vorstellungen von Gerechtigkeit und gutem Leben entsprechenden Gesellschaftsform machen. Doch genau das wird nicht zugelassen. Weil der souveräne Staat als das einzig mögliche Ordnungsprinzip angenommen wird, werden trotz der damit verknüpften Gewalt weiterhin einzig Konfliktbelegungen auf dieser Basis angestrebt.¹⁷ Diese Setzungen des Souveränitätsbegriffs führen dazu, dass Souveränität als vor-politische Bedingung für einen politischen Raum erscheint und Fragen nach der Gewalt, die vom Souveränitätsprinzip ausgeht, nicht debattiert werden.

Staatliche Souveränität ist eine spezifische Idee für die Herstellung eines politischen Raumes und von Ordnung und Stabilität:

- eine Idee, die auf Ausschlüssen aufbaut und eine privilegierte Zugehörigkeit definiert;
- aufgebaut auf Gewalt: die definierten Anderen werden ausgeschlossen und diskriminiert, Grenzen und Privilegien werden gewaltsam durchgesetzt;
- basierend auf der Entpolitisierung seiner Vorbedingungen, beispielsweise die Definition des modernen Subjekts als unfähig ohne Unterwerfung unter eine allumfassende Autorität friedlich miteinander zu leben;
- gestützt durch die Entpolitisierung der das Konzept stabilisierenden (westlichen) Epistemologie: Der lokale und historische Entstehungskontext dominanter Konzepte wird ausradiert und historische europäische Erfahrungen werden universalisiert und naturalisiert, um auf dieser Grundlage gemachte Schlussfolgerungen als rational und wertfrei darzustellen.¹⁸

Diese im europäischen Kontext entwickelte Form der politischen Organisation wurde mit dem Kolonialismus globalisiert. Der identitätspolitische Kern eben dieses Denkens führt fortwährend zu gewaltsamen Konflikten. Gewalt erscheint zudem immer legitim, wenn sie im Einsatz für Souveränität - als der vermeintlichen Grundvoraussetzung von politischem Handeln - angewandt wird.

Fazit: Das Scheitern von Staaten wird mit dem Krieg aller gegen alle gleichgesetzt; als Lösungsmodell wird die - notfalls militärische - Wiederherstellung staatlicher Souveränität behauptet. Eine Suche nach anderen Möglichkeiten von Gesellschaftlichkeit findet nicht statt. Damit werden Gewaltverhältnisse gefestigt.

6 Konsequenz: Militarisierung entgegen treten

WissenschaftlerInnen tragen eine Verantwortung für ihr Handeln. Es darf nicht soweit kommen, dass die Forschung und Lehre sich vor allem an den Fragen und Theorien orientiert, die durch Organisationen gefördert werden, die Kriegseinsätze füh-

17 Shaw, Karena: Knowledge, Foundation, Politics, in: International Studies Review, 6/2004, S. 7-20.

18 Ebd.



Protestaktion gegen den SFB 700, 12.11.2008,
Foto: Björn Kietzmann

ren, planen und davon profitieren wie die NATO, die EU und Rüstungsunternehmen.

Es liegt an jeder und jedem von uns, das nicht mitzumachen. Im Studium sollten wir danach verlangen, viele und kritische Theorien in jedem Bereich kennen lernen zu können. In unseren Hausarbeiten und Abschlussarbeiten entscheiden auch wir über die Gewichtung von Themen und über die Anwendung von Theorien und Methoden. Entscheidungen über Forschungsfragen und Methoden der Forschung sind politisch. Es ist manchmal nicht leicht, sich nicht am Professor zu orientieren, der die Noten vergibt, sondern eigenwillig zu sein. Vielleicht sagt uns die unbekannte Autorin aus Indien oder Botswana mehr als das vermeintlich unvermeidliche Standardwerk oder der große Klassiker. Dann sollten wir auch den Mut haben, die indische oder botswanische Autorin als Grundlage für unsere Arbeiten zu nehmen und den Klassiker auszulassen oder zu kritisieren. Wenn wir uns nur am leichten Durchkommen durch das Studium oder dem einfachen Karriereweg mit einem Mainstream-Thema für die Abschluss- oder Doktorarbeit orientieren, dann sind wir vielleicht schon korrumpiert.

Wir können nicht dulden, dass wir nur Herrschaftswissen für die Aufrechterhaltung ungerechter Weltverhältnisse erlernen und militarisierte Denkweisen an den Universitäten zunehmend Raum einnehmen.

An der FU Berlin gibt es Protest und Aktionen gegen die Streichung der immer kritisch ausgefüllten Professur für Politische Ideengeschichte. Sie wehren sich damit auch gegen die Einrichtung zweier weiterer Professuren für den SFB 700. Es soll verhindert werden, dass die kriegsunterstützende Interventionsforschung des SFB 700 immer mehr die Ausbildung und Forschung am Politikwissenschaftlichen Institut dominiert.

Es braucht viele Initiativen gegen die Militarisierung der Hochschulen und gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Es braucht Widerstand innerhalb und außerhalb der Universitäten gegen deutsche Kriegseinsätze. Wir alle haben eine Verantwortung für unsere Entscheidungen: mitzumachen in privilegierter Position als wissenschaftliche Elite im Machtblock Europa oder uns quer zu stellen und eigene kritische Wege zu beschreiten und die Kriegspolitik zu sabotieren.

Ich wünsche viel Erfolg beim aufrechten Gang durch das Studium, beim Streit für freie Bildung und bei euren Aktionen gegen die Ausbreitung von Militarismus!